

Finanzkrisen

Von

Von Heiner Flassbeck

Erschienen als: „Ein umfassend kontrollierender Staat kann Finanzkrisen verhindern“, Berliner Zeitung, 4. Oktober 2008

Das Feuer der Finanzkrise lodert noch. Wie bei einem richtigen Feuer wird man das gesamte Ausmaß des Schadens erst erkennen können, wenn die Löscharbeiten der staatlichen Feuerwehr beendet sind. Zunächst aber muss man dafür sorgen, dass die Krise nicht auf die Realwirtschaft übergreift. Hier gibt es akut den größten Handlungsbedarf, weil Europa nicht zur Kenntnis nimmt, dass es diesmal wirklich nicht auf die USA als die Lokomotive der Weltwirtschaft setzen kann, sondern selbst Hand an die Nachfrage legen muss. Die beharrliche Weigerung der Europäischen Zentralbank aber, die Zinsen rasch und nachhaltig zu senken und die klammheimlich Hoffnung vieler europäischer Finanzminister, sie könnten mit einem blauen Auge bei der Staatsverschuldung davonkommen, lässt hier das Schlimmste befürchten.

Was zu viele nicht begreifen: Nur wenn durch energische Expansionsmaßnahmen verhindert wird, dass die reale Wirtschaft in ein tiefes Loch fällt, kann man hoffen, dass die für die Stabilisierung der Banken aufgebracht Milliarden nicht alle verloren sind. Nur bei einer Erholung der Realwirtschaft, werden die jetzt wertlosen Papiere in den Tresors der Banken wieder an Wert gewinnen können. Dann wird auch der Staat an diesem Gewinn beteiligt sein und seine Bürgschaften werden nicht gebraucht.

Ist das geschafft, kann man das System längerfristig wieder relativ leicht ins Lot bringen. Drei Maßnahmen sind zentral: Erstens, jede Art von Wetten, wie es auf den Finanzmärkten üblich geworden ist, muss bei der Risikoeinschätzung und bei der Eigenkapitaldeckung als das behandelt werden, was es ist, nämlich eine hochriskante Art der Anlage, bei der im globalen Maßstab immer einer nur gewinnen kann, was ein anderer verliert. Das bedeutet, dass die Banken ihren „Eigenhandel“ und ihre Kreditvergabe mit wesentlich mehr Eigenkapital unterlegen müssen, als das bisher der Fall war.

Zweitens, dem Prinzip der Bilanzwahrheit muss wieder Geltung verschafft werden. Es ist ein Skandal, dass die Bankenaufsicht in vielen Ländern einschließlich Deutschlands in der Vergangenheit geduldet hat, dass die Banken hochriskante Geschäfte außerhalb der Bilanzen laufen lassen, obwohl klar war, dass die Bank am Ende für Verluste bei diesen Geschäften haftbar gemacht würde.

Drittens, Rating Agenturen, also die privaten Einrichtungen, die dafür von den Banken bezahlt werden, ihre „Meinung“ (in der Tat ziehen sich die Agenturen auf den rechtlichen Standpunkt zurück, ihre Risiko-Einschätzungen seien nur eine Meinung, sonst nichts) zu den Risiken bestimmter Papiere zu sagen, braucht man nicht. Eine Variante ist, dass man es den Banken selbst überlässt, die Einschätzung der Risiken von allen in ihrem Besitz befindlichen Papieren vorzunehmen. Das würde immerhin dazu führen, dass auch Bankvorstände besser verstehen, wovon sie reden, anstatt sich blind auf die Rating-Agenturen zu verlassen. Das funktionierte aber wiederum nur, wenn die Bankvorstände und die Eigentümer der Banken am Ende für alle Risiken einstünden. Muss da regelmäßig der Staat ran, muss er vorher schon mitreden, nämlich dann, wenn es darum geht herauszufinden, welche Geschäfte gesund und welche ungesund sind. Folglich kann es nur so gehen, dass der Staat, was heißt, eine unab-

hängige und gut ausgestattete Behörde, darüber entscheidet, welche Papiere auf welchen Märkten gehandelt werden dürfen. Es kann nicht sein, dass jedes Lebensmittel und jede Medizin vom Staat für den Handel zugelassen werden, dass aber „finanzielle Massenvernichtungswaffen“ (Warren Buffet) frei über die Theke verkäuflich sind.

Insgesamt, es geht kein Weg an der Einsicht vorbei, dass der rettende Staat ein umfassend kontrollierender und beobachtender Staat sein muss. Dazu gehört auch, dass sich staatliche Institutionen rechtzeitig ein Bild davon machen, was auf welchen hochspekulativen Märkten schief läuft und Gegenmaßnahmen ins Auge fassen, bevor es zu spät ist. Das gilt für Rohstoffe wie für Aktien, für Währungen wie für Häusermärkte. Die Kosten der Exzesse für die Allgemeinheit waren zu hoch, als dass verantwortliche Politiker so weiter machen könnten wie bisher.